

Ukraine: die religiöse Dimension des Konflikts

Obwohl Religion nicht zu den wichtigsten treibenden Kräften des Konflikts in der und um die Ukraine gehört, spielt sie eine wichtige Rolle. Einerseits haben religiöse Rhetorik und Traditionen zu einer zunehmenden Polarisierung innerhalb der ukrainischen Gesellschaft beigetragen, andererseits hat der Konflikt jahrhundertealte orthodoxe Institutionen grundlegend verändert.

Von Cora Alder, Palwasha Kakar, Leslie Minney

Ein bewaffneter Konflikt seit 2014 führte in den Oblasten Luhansk und Donezk im Osten der Ukraine zu über 13 000 Todesopfern und 1,6 Millionen ukrainischen Vertriebenen. Als der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch 2013 die Unterschrift des Assoziierungsabkommens mit der EU ablehnte, löste dies lautstarke Proteste aus, die zu seiner Absetzung führten. In diesem Machtvakuum annektierte Russland die Krim. Unruhen brachen in der Ostukraine aus und von Russland unterstützte separatistische Kräfte übernahmen die Kontrolle über einen Grossteil des Donbas. Seit 2014 hat die Ukraine ihre Ostgrenze nicht mehr vollumfänglich unter Kontrolle. Die Konfliktparteien verstossen regelmässig gegen Waffenstillstände und setzen Einigungen auf politischer Ebene grösstenteils nicht um. Vor Kurzem haben Kiew und Moskau Schritte für den Abzug von Truppen von verschiedenen Standorten entlang der Kontaktlinie eingeleitet.

Inmitten dieses komplexen politischen Konflikts tauchte eine historische Forderung nach einer von der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) unabhängigen, ukrainischen orthodoxen Kirche wieder auf. Im Januar 2019 gewährte der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel – *primus inter pares* orthodoxer Kirchenoberhäupter – der Orthodoxen Kirche der Ukraine



Bartholomäus I., der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, unterzeichnet das Dekret (Tomos) über die Autokephalie der Orthodoxen Kirche der Ukraine am 5. Januar, 2019. *Murad Sezer / Reuters*

(OKU) die Unabhängigkeit (Autokephalie). Forderungen nach Autokephalie hatte es bereits vor dem Konflikt im Donbas gegeben; die Verleihung der Autokephalie wurde jedoch vor dem Hintergrund des breiteren politischen Konflikts in der und um die Ukraine interpretiert und verstärkte bestehende Spannungen. Die Gründung und Anerkennung einer nationalen orthodoxen Kirche versetzte die orthodoxe Gemeinschaft weltweit in Aufruhr und pro-

vozierte heftige Reaktionen seitens politischer Interessengruppen in der Ukraine, Russland und auf der ganzen Welt.

Die Spannungen zwischen orthodoxen Kirchen in der Ukraine und darüber hinaus haben religiöse Dynamiken im breiteren politischen Konflikt verstärkt: Aus russischer Sicht muss die Ukraine vor Einmischungen aus dem Westen geschützt werden. Russland untermauert diese Position,

indem es die gemeinsame Kultur, Glaubenstradition und Geschichte betont. Dagegen fordern ukrainische EntscheidungsträgerInnen territoriale Souveränität. In ihren Augen ist eine autokephale nationale Kirche ein Symbol ebensolcher Unabhängigkeit. Religiöse Organisationen haben sich auf die Seite der ukrainischen Armee oder auf jene der von Russland unterstützten Separatisten im Donbas gestellt. Die Kirchenzugehörigkeit polarisiert zunehmend und trennt die Gesellschaft entlang dieser Grenzen. Dadurch verringert sich der Handlungsspielraum religiöser Akteure, zur Friedensförderung beizutragen. Da das Thema Religion nun eng mit dem Konflikt in der Ukraine verwoben ist, muss es in zukünftige Überlegungen zur Lösung des Konfliktes miteinbezogen werden.

Der Wunsch nach Autokephalie

Seit den 1990ern haben drei orthodoxe Kirchen den Status als nationale Kirche der Ukraine für sich beansprucht. Fortlaufend gab es Gesuche für eine autokephale orthodoxe Kirche in der Ukraine (eine selbstbestimmte Kirche ohne externe Obrigkeit). Die «Ukrainisch Orthodoxe Kirche – Moskauer Patriarchat» (UOK-MP) untersteht der ROK und ist mit über 12000 Kirchgemeinden die zahlenmässig

Eine durch die orthodoxe Weltkirche anerkannte Erlösung war offiziell nur möglich, wenn sie eine Kirche erteilte, die mit Russland assoziiert ist.

grösste Kirche in der Ukraine. Patriarch Filaret trennte sich 1992 von der Institution und gründete die «Ukrainisch Orthodoxe Kirche – Kiewer Patriarchat» (UOK-KP) als «wahre» nationale Kirche der Ukraine. Bald gehörten der UOK-KP rund 4700 Gemeinden an. Besonders beliebt war Filaret bei ukrainischen Nationalisten, die ihn als Nationalheld sahen. Die «Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche» (UAOK) entstand in den 1920ern – ebenfalls als Versuch einer autokephalen Kirche – und wurde in den 1990ern wiederaufgebaut. Mit etwa 1200 Kirchgemeinden war sie die kleinste der drei.

Religion ist ein fester Bestandteil des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Ukraine. Typische ukrainische KirchengängerInnen hätten indes wohl kaum einen Unterschied in der Liturgie der drei orthodoxen Kirchen bemerkt: Die Gottesdienste waren nahezu identisch. Der Konflikt im

Donbas hat jedoch zu einer stärkeren Differenzierung geführt. Da andere orthodoxe Kirchen die UOK-KP und die UAOK als schismatisch und nicht-kanonisch (nicht legitim) sahen, wurden ihre Sakramente und anderen Übergangsriten nicht anerkannt. Somit war für ukrainische Gläubige eine durch die orthodoxe Weltkirche anerkannte Erlösung offiziell nur möglich, wenn die UOK-MP sie erteilte – eine Kirche, die mit Russland assoziiert ist, gegen das die Ukraine derzeit im Konflikt steht.

Nach fortdauernden Bemühungen seitens Patriarch Filaret und anderen Interessenvertretern verlieh das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel im Januar 2019 der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) die Autokephalie. Die UOK-KP und die UAOK hatten sich zuvor zu dieser neuen Kirche zusammengeschlossen. Heute zählt die OKU insgesamt rund 7000 Kirchgemeinden, wobei einige Kirchgemeinden noch im Übergangsprozess begriffen sind. Bisher wird die Kirche international sowie in der globalen Orthodoxie nur begrenzt anerkannt.

Verflechtung von Politik und Religion

Ohne Unterstützung aus der Politik wäre die Anerkennung einer autokephalen nationalen Kirche nicht möglich gewesen. An vorderster politischer Front förderte der frühere Präsident Petro Poroschenko die Bemühungen einer von der Russisch-Orthodoxen unabhängigen, ukrainischen Kirche. Im April 2018 hatte Poroschenko bei Bartholomäus I., dem *primus inter pares* der orthodoxen Weltkirche, um ukrainische Autokephalie ersucht. Die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten unterstützten diesen Vorstoss. Poroschenko warb mit dem Slogan «Sprache! Armee! Glaube!» um Stimmen im Wahlkampf 2019. Damit spielte er auf die sprachliche Identität der Ukraine, das Beenden des Kriegs im Donbas und eine unabhängige orthodoxe Kirche an. Er unterstrich die Anstrengungen um eine autokephale Kirche als eine Dimension des breiteren Ringens der Ukraine um die Unabhängigkeit vom Einfluss Russlands.

Unter diesem Gesichtspunkt verweigerte der ukrainische Staat die Zusammenarbeit mit der UOK-MP. Dem Parlament wurde ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die UOK-MP als Verbündete Moskaus hätte denunzieren sollen. Ein weiterer Entwurf zielte auf die Vereinfachung des Übergangs von Kirchgemeinden zur geplanten neuen

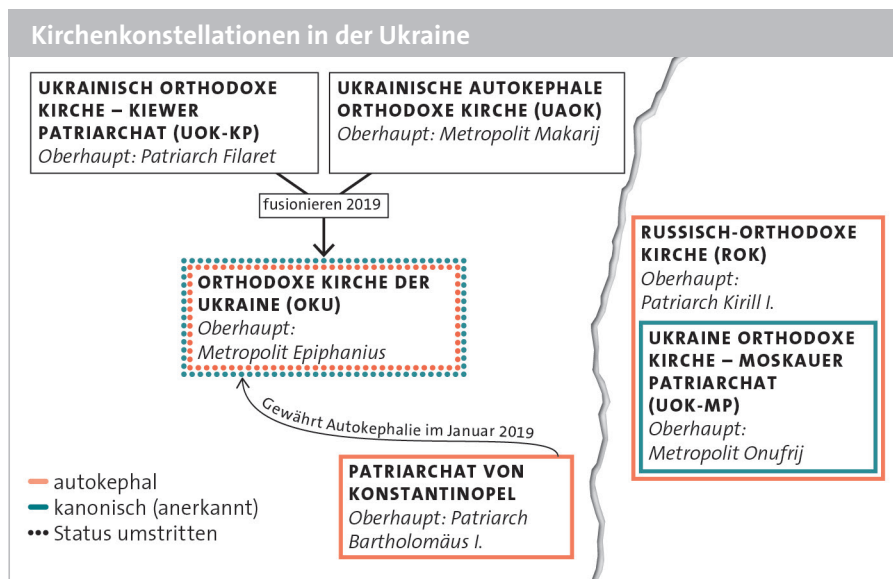
nationalen Kirche ab. Die politischen Vorstösse Poroschenkos führten dazu, dass die Kirchenzugehörigkeit zum Identitätsmerkmal sowie Kennzeichen dafür wurden, welche Akteure man im Konflikt im Donbas unterstützte: Die Befürwortung der OKU hiess Loyalität gegenüber ukrainischen Interessen; Zugehörigkeit zur UOK-MP bedeutete Identifikation mit den Separatisten und Russland. Trotz Poroschenkos Niederlage 2019 beeinflusst diese Darstellung den Diskurs rund um die nationale Identität der Ukraine nachhaltig und vertieft die Spaltung zwischen den Konfliktparteien im Donbas weiter.

In der Vergangenheit pflegten die ukrainischen Staatsoberhäupter entweder mit dem Kiewer oder dem Moskauer Zweig der orthodoxen Kirche eine gute Beziehung und brachten sich in religiöse Angelegenheiten ein. Die Beziehung zwischen Kirche und Staat hat sich unter dem neuen Präsidenten der Ukraine, Wolodimir Selenski, gewandelt. Als Sohn jüdischer Eltern gehört Selenski keiner Konfession an. Religion ist für ihn Privatsache. Er bekräftigte diese Botschaft anlässlich eines Treffens mit den Vertretern der ukrainischen Kirchen und religiösen Organisationen im Dezember 2019 erneut.

Russische Narrative

Der Kreml fördert das Narrativ *Russkij Mir* (russische Welt oder russischer Frieden), das sich um die geopolitische und ideologische Einheit der slawischen Staaten Belarus, Russland und der Ukraine dreht. Während der Kreml die ethnische und religiöse Vielfalt Russlands unterstreicht, betont er gleichzeitig seine Aufgabe, die russische Bevölkerung und russischsprachige Personen vor der Einmischung und der moralischen Korruption durch den Westen zu beschützen. Dementsprechend hat der Kreml die Beziehung zur ROK intensiviert: Die russisch-orthodoxe Religion ist Teil von Russlands Bestreben um die Wiederherstellung russischen Einflusses. In Russlands Nationalen Sicherheitsstrategie von 2015 wird die Erneuerung der traditionellen russischen spirituellen und moralischen Werte als strategisches Ziel aufgeführt.

Das Streben der Ukraine nach religiöser Unabhängigkeit von der ROK bedeutete für Russland den Verlust möglichen Einflusses in der Ukraine. Politische und religiöse Entscheidungsträger Russlands sahen dies voraus und versuchten, die Autokephalie abzuwenden. Bei seinem Besuch in der Ukraine 2009 verwendete



ROK-Oberhaupt Patriarch Kirill erstmals das Narrativ des «Heiligen Rus» und implizierte, die ROK sei die Kirche des gesamten «historischen Russlands», einschliesslich der Ukraine. So präsentierte er eine Alternative zur Autokephalie: das «heilige Russland» als dezentralisierte Einheit, mit Kiew als Wiege – eine heilige Stadt und Festung orthodoxen Glaubens. Russlands aussenpolitische Handlungen 2014 untergruben aber Kirills Idee einer «zivilisatorischen Einheit des Glaubens, der Werte und Traditionen». Die Annexion der Krim bestärkte Gefühle ukrainischen Zusammenhalts.

Nach den Ereignissen von 2014 verschob sich der Fokus des ROK-Patriarchen hin zu einem Narrativ einer russischen Welt als Bastion gegen die zunehmende Entchristianisierung im Westen. Demzufolge behindert die Bemühungen der ROK um Einheit der orthodoxen Weltkirche. Die Ukraine stünde unter westlichem, insbesondere US-amerikanischem Einfluss. Laut einer Aussage des russischen Aussenministers Sergei Lawrow im Jahr 2018 stellt das Zugeständnis der Autokephalie eine Provokation von Patriarch Bartholomäus I. mit direkter Unterstützung aus Washington dar.

Religiöse Akteure im Konflikt

Religiöse Akteure haben sich sowohl konflikt- wie auch friedensfördernd im Donbas eingebracht. Mobilisierung entlang der kirchlichen Zugehörigkeit gab es bereits früher, doch durch die Verleihung der Autokephalie an die OKU 2019 nahm

sie weiter zu. Ab 2014 erlebte die Ukraine Wellen patriotischer Mobilisierung, die von den Kirchen und religiösen Organisationen in Kiew und auf beiden Seiten der Kontaktlinie bestärkt wurden. So rief der All-Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen dazu auf, die Zivilbevölkerung im Donbas zu unterstützen und deren Heimat gegen die von Russland unterstützten Separatisten zu verteidigen.

Nicht nur Mobilisierungstrends, auch feindselige Angriffe und Diskriminierung trennen die jeweiligen religiösen Gemeinschaften. Ab 2014 griffen nationalistische ukrainische Freiwilligenbataillone und prorussische Kampfgruppen, wie die selbsternannte «Russisch-Orthodoxe Armee», Mitglieder anderer Konfessionen an. In jüngerer Zeit berichteten Priester der UOK-MP von Gewaltandrohung und Versuchen, die Menschen in Regionen unter Regierungskontrolle zu einer Änderung ihrer kirchlichen Zugehörigkeit zu zwingen. Ähnlich sind die OKU, evangelische Kirchen, die Zeugen Jehovas und weitere von neuen Registrierungsverfahren im Donbas betroffen. Die De-facto-Behörden nehmen sich das Recht, sämtliche Gegenstände oder Handlungen im Zusammenhang mit Tätigkeiten von nicht registrierten Religionsgemeinschaften zu verbieten, zu büssen oder zu konfiszieren. Die Sonderbeobachtermission (SMM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie das UNO-Menschenrechtsbüro haben ihre Besorgnis über diese Entwicklungen ausgedrückt.

Streitigkeiten über lokale Übertritte von Kirchgemeinden haben zugenommen, da Gemeinden darüber abstimmen müssen, zu welcher «Mutterkirche» sie gehören möchten. Oberhäuptern der Kirchgemeinden ist bewusst, dass sie und ihre Kirche durch einen Kirchgemeindefwechsel beim mit Moskau oder Kiew verbündeten Klerus in Ungnade fallen könnten. Gerüchte über Kirchenraub und tatsächliche Übernahmen gestalten den Alltag der Gläubigen zunehmend quälend und verwirrend.

Religion ist aber nicht nur eine Quelle der Zwietracht. Viele religiöse Akteure setzen sich weiterhin für den Frieden ein. Sie wirken kontinuierlich als AktivistInnen, MediatorInnen oder SeelsorgerInnen in Gefängnissen und im Militär und leisten humanitäre Hilfe an der Front. Während der Proteste 2013 und 2014 in Kiew fanden Protestierende Zuflucht und Schutz in religiösen Stätten. Orthodoxe Priester vermittelten informell zwischen Behörden und der Opposition und förderten Dialogformate. Kirchenvertreter und Priester dienen weiterhin ihren Gemeinden auf beiden Seiten der Kontaktlinie im Donbas, halten Gebete und leisten humanitäre Hilfe.

Allerdings wird es für religiöse Akteure zunehmend schwieriger, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Auf beiden Seiten des Konflikts verhindern strikte Registrierungsverfahren und Diskriminierung die Arbeit über einzelne Zuständigkeitsbereiche hinaus. Deshalb haben einige religiöse Akteure damit begonnen, sich heimlich zwischen Gemeinden hin- und herzubewegen, um zu vermitteln. Dienstleistungen von religiösen Gruppen und Organisationen werden zudem oft als «säkular» dargestellt, wodurch auf beiden Seiten der Frontlinie Hilfe geleistet werden kann. Die neutrale Klassierung dieser Dienstleistungen kann aber nur schwer aufrechterhalten werden und die zunehmende Polarisierung schränkt die Einsätze zugunsten des Friedens und der Stabilität entsprechend ein. Die Aufrechterhaltung der Kommunikation über die Grenze hinweg ist entscheidend, damit religiöse Organisationen weiterhin Bemühungen der Friedensförderung unterstützen können.

Spannungen in der Weltkirche

Die politischen Spannungen innerhalb der ukrainischen orthodoxen Gemeinschaft haben sich auch auf die orthodoxe Weltkirche ausgewirkt. Zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel kriselt es schon seit Jahrhunderten. Die ROK bean-

spricht, die Kirche mit den meisten Kirchengemeinden zu sein, und verlangt entsprechende Anerkennung. Sie vertritt die Meinung, dass alle orthodoxen Gläubigen postsowjetischer Staaten (ausser Georgien und Armenien, die eigene autokephale Kirchen besitzen) unter die Zuständigkeit der ROK fallen sollten. Somit verknüpft sie die nationalen Interessen Russlands mit der Kirchenzugehörigkeit und -autorität. Bartholomäus I. hätte zwischen den verschiedenen orthodoxen Kirchen in der Ukraine vermitteln sollen, statt durch die Verleihung der Autokephalie ein «Schisma» herbeizuführen.

Dieser Standpunkt der ROK und der UOK-MP ist auch politischer und wirtschaftlicher Natur. Sollten alle Kirchengemeinden und Besitztümer der UOK-MP an die OKU übergehen, verlöre die ROK bis zu einem Drittel ihrer Kirchengemeinden sowie wertvolle Besitztümer in der Ukraine wie etwa das Kiewer Höhlenkloster. Des Weiteren fürchtet die ROK bei einem Verlust der Kirchengemeinden um ihre Stellung innerhalb der orthodoxen Weltkirche. Die Entscheidung aus Konstantinopel veranlasste die ROK, alle Verbindungen zum Ökumenischen Patriarchat von Konstanti-

Durch die neu gewonnene Autokephalie ist die OKU ins Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Konstantinopel gerückt.

nopel zu kappen und panorthodoxen Treffen auf Eis zu legen. Dies schmälerte die Chancen auf eine Versöhnung.

Auf der anderen Seite hat Konstantinopel ein Interesse daran, seine Stellung als *primus inter pares* innerhalb der orthodoxen Weltkirche zu verteidigen. Traditionell gewährte Konstantinopel denjenigen Kirchen die Unabhängigkeit, die zuvor Konstantinopel untergeordnet waren. Indem es der OKU Autokephalie zusprach, entzog Konstantinopel der ROK die Autorität über die ukrainischen Kirchengemeinden. Infolgedessen wird Konstantinopel vorgeworfen, ausserhalb seines Aufgabenbe-

reichs agiert und einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen zu haben. Die ROK und andere befürchten, dass bald weitere Kirchen ihre Unabhängigkeit fordern könnten – beispielsweise die lettische und die moldawische Kirche von der ROK oder die montenegrinische und nordmazedonische Kirche von der Serbisch-Orthodoxen Kirche.

Durch die neu gewonnene Autokephalie ist die OKU ins Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Konstantinopel im Wettkampf um Ansehen und spirituelle Herrschaft gerückt. Derzeit erfährt die ukrainische Kirche jedoch wenig Unterstützung von aussen. Von den 14 innerhalb der orthodoxen Weltkirche anerkannten autokephalen Kirchen erkennen nur die Griechisch-Orthodoxe Kirche und das Patriarchat von Alexandrien die OKU öffentlich an. Historisch betrachtet braucht es jedoch seine Zeit, bis neue autokephale Kirchen in die breitere, gesamtorthodoxe Gemeinschaft integriert sind.

Eine unsichere Zukunft

2019 erweiterte die Autokephalie den schwelenden Konflikt im Donbas um eine komplexe religiöse Dimension. Welches Ausmass dies noch erreichen wird, bleibt abzuwarten. Erneut gibt es zwei orthodoxe Kirchen auf einem Gebiet, die Ansprüche auf die Stellung der nationalen Kirche der Ukraine äussern. Der Kreml und die ROK halten an der UOK-MP fest. Die ukrainische Regierung ist

derweil vor allem mit den sicherheitsbezogenen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten des Konflikts im Donbas beschäftigt und wird kaum im Namen einer bestimmten Kirche politisch intervenieren. Angesichts der wachsenden Streitigkeiten um die Inhaberschaft bedeutender religiöser Besitztümer, um den Übergang von Kirchengemeinden sowie angesichts einer sich innerhalb der orthodoxen Gemeinschaft festigenden OKU wird die religiöse Machtkontrolle insgesamt ein Streitpunkt zwischen Moskau und Kiew bleiben.

Auch wenn die Forderung nach Autokephalie schon seit den 1990er Jahren im

Raum stand, muss deren Ausrufung im Kontext der heutigen Konfliktodynamik im Donbas betrachtet werden. Poroschenko verstärkte mit seiner Rhetorik die Verknüpfung der UOK-MP und der ROK mit der russischen Regierung und gab der Polarisierung der Kirchenzugehörigkeit weiteren Auftrieb. Vor dem Hintergrund einer traditionell engen Beziehung zwischen Kirche und Staat sieht die Öffentlichkeit Selenskis Distanz zu religiösen Anliegen als Gleichgültigkeit gegenüber der OKU. Geringe politische Unterstützung innerhalb der Ukraine sowie fehlende Unterstützung anderer autokephaler Kirchen hat die neue Kirche geschwächt. Die Leitung der OKU hat indes nur wenig dafür getan, ihre Glaubensgemeinschaft über diese Einschränkungen zu informieren oder die Erwartungen der Gläubigen zu steuern. Infolgedessen flaut die öffentliche Begeisterung über die OKU ab und die Kirche wird zunehmend als vorwiegend politisches Projekt angesehen.

Die Anerkennung der Tatsache, dass der Konflikt in der und um die Ukraine sich nicht nur durch territoriale Auseinandersetzungen äussert, sondern sich auch in Fragen rund um religiöse Institutionen, Macht und Zugehörigkeit widerspiegelt, ist ein wichtiger Schritt hin zu einem ganzheitlichen Verständnis des Konflikts und der Möglichkeiten einer Lösungsfindung. Auch wenn die Streitigkeiten rund um die Kirchenzugehörigkeit noch nicht zu einer Eskalation des Konflikts geführt haben, ist die internationale Gemeinschaft gut beraten, diese Dynamik im Auge zu behalten, um einer weiteren Polarisierung in dieser Angelegenheit entgegenzuwirken.

Cora Alder ist Program Officer des Mediation Support Team am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Palwasha L. Kakar ist leitende Programmbeauftragte für Religion und inklusive Gesellschaften am U.S. Institute of Peace (USIP).

Leslie Minney ist Programmspezialist des Russlandprogramms am U.S. Institute of Peace (USIP).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Julian Kamasa, Fabien Merz, Lisa Watanabe, Benno Zogg
Lektorat: Benno Zogg

Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000402799

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Dynamiken urbaner Militäroperationen Nr. 257
Weltraumsicherheit: Das nächste Jahrzehnt Nr. 256
Neue Technologien für Grenzkontrollen in Europa Nr. 255
Der Nahe Osten und Chinas Neue Seidenstrasse Nr. 254
Landesversorgung als Vorsorge für den Krisenfall Nr. 253
Waffenstillstände in innerstaatlichen Friedensprozessen Nr. 252